

Logik der Gläubigerkartelle

Wachsende Staatsverschuldung bedroht Menschenrechte in kapitalistischer Peripherie. G7 und Co. blockieren Schuldenschnitte - und profitieren

Von Niki Uhlmann

Was macht viele krank und wenige reich? Armut. So plagen Schuldner in Geldnot oft Kopfschmerzen, Angstzustände, mitunter Depressionen. Entsprechend verheerend wirkt sich die Überschuldung ganzer Staaten aus. Ganze Völker vermag sie ins Elend zu stürzen oder an selbiges zu ketten. Diesem Baustein neokolonialer Herrschaft widmet das katholische Entwicklungshilfswerk Misereor gemeinsam mit der Initiative »erlassjahr.de« jährlich eine Studie. Am Dienstag hat es in seinem »Schuldenreport 2026« aufgezeigt, welche ruinösen Resultate die Überschuldung zeitigt und wer davon nach wie vor profitiert.

Befund Nummer eins: »In den Ländern mit sehr hoher Auslandsschuldenlast ist der Anteil der Menschen, die unter der extremen Armutsgrenze leben, mit 18 Prozent doppelt so hoch wie im weltweiten Durchschnitt.« Das betreffe 243 Millionen Menschen in den 44 von 198 untersuchten Staaten, wo »mehr als jeder siebte Teil der öffentlichen Einnahmen nicht in zentrale Staatsaufgaben, sondern an ausländische Gläubiger« fließe. Für Bildung, Gesundheit und Klimaschutz reiche das restliche Geld nicht aus: ein »Teufelskreis der Armut«, da der öffentliche Sektor Hilfsbedürftigen nicht helfen und selbst gut ausgebildete Helfende kaum entlohnen könne. Fünf weitere Staaten habe man im vergangenen Jahr in die Liste dieser »sehr hoch belasteten Länder« aufnehmen müssen. Das neokoloniale Elend greift offenbar um sich.

Befund Nummer zwei: »Trotz geringerer Verschuldung – sowohl nominal als auch im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt – ist die Belastung für Länder des Globalen Südens viel höher«. Demnach entfielen rund 70 Prozent der 100 Billionen US-Dollar Rekordschulden auf die imperialistischen Zentren, im Report »Länder des Globalen Nordens« genannt, wo die öffentliche Verschuldung im Schnitt 72 Prozent betrage. Obwohl sie in der kapitalistischen Peripherie mit 58 Prozent ebenso wie der absolute Wert deutlich geringer ausfalle, belasteten Kredittilgungen die dortigen Haushalte mit durchschnittlich 13 Prozent mehr als doppelt so stark wie jene im Norden. Grund sei die »historisch bedingte Vermögenskonzentration«, die den reichen Staaten einerseits mehr Inlandsverschuldung und andererseits Auslandsverschuldung überwiegend in ihren starken Eigenwährungen gestatte, wohingegen arme Staaten vor allem höher verzinsten Kredite im Ausland und in Fremdwährungen aufnehmen müssten. Letzteres wiederum schaffe Exportdruck und Anfälligkeit für Wechselkursschwankungen, also Abhängigkeit vom Ausland.

Befund Nummer drei: »Etwa 71 Prozent der Forderungen gegenüber den 134 untersuchten Ländern des Globalen Südens (...) fallen direkt oder indirekt in den politischen Verantwortungsbereich der Mitglieder der G7 oder der EU.« Die offenen Forderungen aus bilateralen Krediten unter Staaten, die immerhin zwölf Prozent dieser Schulden ausmachten, könnten die Gläubiger, darunter die G7 oder G20 und allen voran China, einfach abschreiben. Ferner hingen auch die insbesondere in den stark verschuldeten Ländern maßgebenden multilateralen Gläubiger wie der Internationale Währungsfonds, die Weltbank oder die Entwicklungsbanken der Kontinente als »Institutionen der Nachkriegsarchitektur, die eng miteinander kooperieren«, von Entscheidungen der reichsten Nationen ab. Allerdings »beharren vor allem die westlichen Staaten darauf, multilaterale Forderungen (...) von Umschuldungen auszuschließen«. Insgesamt entfalle mit 48 Prozent fast die Hälfte der Schuldenlast auf private Anleihehalter – meist die kompromisslosesten Gläubiger. Eine UN-Schuldenrahmenkonvention, sprich »verbindliche Regelungen zur Einbeziehung aller Gläubiger bei Schuldenrestrukturierungen«, sei bislang aber von den üblichen Verdächtigen blockiert worden.

Die Bundesregierung müsse »ihre Blockade für faire Schuldenregeln endlich aufgeben«, kommentierte Lisa Schubert, Sprecherin für Geld- und Finanzmarktpolitik der Bundestagsfraktion Die Linke, den Report per Mitteilung. Gerade Investmentfonds und Banken müssten »zu Schuldenerlassen verpflichtet werden«. Die Studie schlägt zudem vor, die vor hiesigen Gerichten einklagbaren Beträge privater Gläubiger zu begrenzen, mehr Transparenz auf der Gläubigerseite anzuordnen und »Menschenrechtsfolgeabschätzungen« bei Umschuldungsverfahren höher zu gewichten als »die Logiken der Gläubigerkartelle«.

<https://www.jungewelt.de/artikel/521756.globale-schuldenkrise-logik-der-gläubigerkartelle.html>